

Innsbruck, 17. März 2026

Transparenz bei Sonderverträgen, Zulagen, Prämien und andere Begünstigungen

Innsbrucker Opposition beauftragt Prüfung durch Stadtrechnungshof

Die **Opposition** im Innsbrucker Gemeinderat hat kürzlich geschlossen einen **weiteren Prüfauftrag gemäß § 74c des Innsbrucker Stadtrechts** an den Stadtrechnungshof unterfertigt. Der gemeinsame Antrag wird von allen 18 Gemeinderäten der Oppositionsfractionen Alternative Liste, Das Neue Innsbruck, FPÖ – Rudi Federspiel, KPÖ und Liste Fritz getragen und vom Vorsitzenden des Kontrollausschusses, Mesut Onay (ALi), eingebracht.

Im **Mittelpunkt steht die Frage, ob und in welchem Umfang seit 2024 in politischen Büros von bestehenden Gehaltsschemata abgewichen wurde**, aus welchen Gründen solche Vereinbarungen getroffen wurden und welche finanziellen Auswirkungen sich daraus für den städtischen Haushalt ergeben.

Gerade in Zeiten angespannter Budgets ist es entscheidend, zusätzliche Begünstigungen in politischen Büros nachvollziehbar und verantwortungsvoll zu gestalten. Auch strukturelle Auswirkungen auf das Besoldungssystem sowie mögliche langfristige Belastungen sollen transparent gemacht werden.

Nach ziemlich genau zwei Jahren der laufenden Regierungsperiode setzen die Oppositionsparteien damit **ein gemeinsames Zeichen für mehr Transparenz und Kontrolle**. Der Stadtrechnungshof soll sämtliche seit 2024 abgeschlossenen Sonderverträge, Zulagen und vergleichbare Vereinbarungen innerhalb der Stadt Innsbruck umfassend prüfen und offenlege. Damit knüpft die Opposition bewusst an die letzte derartige Prüfung aus dem Jahr 2023.

Bereits im Vorfeld hatte die Opposition eine **Prüfung zur Praxis der Nichtöffentlichkeit** von Sitzungspunkten angestoßen. Ein erster Erfolg hat sich daraus bereits ergeben: Es gibt die Zusage, dass künftig vor Sitzungen genauer geprüft wird, ob die Nichtöffentlichkeit tatsächlich erforderlich ist.

Wir übernehmen Verantwortung

Mit dem neuen Antrag zur Prüfung der Sonderverträge geht es insbesondere um die Schaffung von mehr Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Chancengleichheit innerhalb des städtischen Systems.

„Die Erfahrungen aus der vergangenen Periode, insbesondere rund um die Sonderverträge im politischen Büro des damaligen Bürgermeisters, haben gezeigt, dass Kontrolle in diesem Bereich enorm wichtig ist. Mit diesem Auftrag kommen wir unserer demokratiepolitischen Verantwortung nach.“

GR Mesut Onay

Alternative Liste Innsbruck

„Die Stadtregierung betont gebetsmühlenartig, dass das Geld fehle. Die geplante Prüfung soll daher Klarheit schaffen und die kursierenden Gerüchte über teure Sonderverträge, Zulagen oder anderen Begünstigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in politischen Büros entweder entkräften oder bestätigen. Sollten sie sich als zutreffend erweisen, wird sich Bürgermeister Anzengruber hier politisch verantworten müssen.“

Stadtrat Mag. Markus Stoll

Das Neue Innsbruck

„Die Gemeinderatsperiode 2018-2024 unter Georg Willi hat gezeigt wie leichtfertig Sonderverträge und Anstellungen in politischen Büros etabliert werden, welche den Steuerzahler jedoch sehr viel Geld kosten. Nachdem Bürgermeister Anzengruber einen neuen Stil versprochen hat, gilt es nun zu prüfen, ob er sich und seine Koalitionspartner im Griff hat und seinem Anspruch gerecht wird“

Stadtrat Markus Lassenberger

FPÖ Rudi Federspiel

„Es kann nicht sein, dass der Bürgermeister teure Sonderverträge an seine Leute verteilt, während die Bevölkerung mit steigenden Preisen kämpft.“

Klubobfrau Pia Tomedi

KPÖ Innsbruck

„Die negativen Schlagzeilen rund um Sonderverträge, auch aus der Zeit vom ehemaligen Bürgermeister Georg Willi, haben gezeigt wohin fehlende Kontrolle führt. Genau deshalb braucht es auch unter dem neuen Bürgermeister volle Transparenz und eine lückenlose Prüfung, damit sich solche Auswüchse in Innsbruck nicht wiederholen. Wir schulden den Innsbruckerinnen und Innsbruckern einen sauberen, nachvollziehbaren Umgang mit Steuergeld.“

GR Tom Mayer

Liste Fritz